

38
78

Union in Deutschland

Bonn, den 9. November 1978

Grundwerte in Politik umsetzen

Mitglieder und Abgeordnete der CDU sind aufgefordert, die in Ludwigshafen verbindlich und einstimmig beschlossenen Grundsätze in der praktischen politischen Arbeit möglichst bald in Initiativen auf allen Ebenen umzusetzen und den erfolgreichen Bundesparteitag in Ludwigshafen dazu zu benutzen, die Diskussion über die Grundwerte der Politik auf allen Ebenen in die anderen Parteien hineinzutragen, heißt es in einer am Montag in Bonn veröffentlichten Erklärung des Präsidiums.

Unter Leitung von Helmut Kohl beschäftigte sich das Präsidium auch mit dem Ergebnis des Treffens der in der Christlich Demokratischen Weltunion zusammengeschlossenen Parteien im Gästehaus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia. Bei dieser zweitägigen Klausurtagung erzielten die christlich-demokratischen Parteivorsitzenden Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen und beschlossen eine wesentliche Verstärkung ihrer Zusammenarbeit.

Die Parteivorsitzenden messen den bilateralen Kontakten zwischen christlich-demokratischen Parteien wesentliche Bedeutung bei. Mit Befriedigung äußerte sich Helmut Kohl über den engen Kontakt zur Democrazia Cristiana. In einem mehr-

Weiter auf Seite 2

■ GESUNDHEIT

Auch kleinere Krankenhäuser müssen überleben können

Seite 4

■ BUNDESWEHR

Union legt eigene Vorschläge zur Reform der Heeresstruktur vor

Seite 5

■ SOZIALES

Das doppelte Spiel der SPD beim Arbeitsförderungsgesetz

Seite 11

■ GRUNDSATZ-PROGRAMM

Pressestimmen zum Bundesparteitag in Ludwigshafen

Seite 12

■ LANDESPARTEI BERLIN

Die SPD hat eine Pause verdient

Seite 14

■ DOKUMENTATION

Weiterentwicklung des Lebensraumes / Perspektiven der Wohnungspolitik grüner Teil

■ UID-EXTRA

Die liberale Demokratie ist auf loyale Staatsdiener angewiesen gelber Teil

■ ÖA

Neue Informations- und Werbemittel im Hinblick auf die Europa-Wahl

rosa Teil

■ INFORMATION

Spitzengespräch mit der DAG

In Bonn fand am 6. November 1978 ein Spitzengespräch zwischen dem Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und dem Bundesvorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft statt. Für die CDU nahmen neben dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl Generalsekretär Heiner Geißler, der stellvertretende Parteivorsitzende Alfred Dregger, Norbert Blüm und Adolf Müller (Remscheid) teil. Der Bundesvorstand der DAG wurde von seinem Vorsitzenden Hermann Brandt geleitet. Das in freundlicher Atmosphäre geführte Gespräch erbrachte in wesentlichen Punkten Übereinstimmung und wird fortgesetzt.

CDU und DAG waren sich einig, daß die von der Bundesregierung durchgesetzte Abkehr von der bruttolohnbezogenen Rente nicht zu verantworten sei, da mit dieser Maßnahme der Rentenanpas-

sung die objektive Bemessungsgrundlage entzogen werde. Die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente wurde deshalb übereinstimmend für dringend erforderlich gehalten.

Auch die eigenständige soziale Sicherung der Frau ist nach Ansicht von CDU und DAG unverzichtbar. Beide Seiten stimmten nach Erläuterung ihrer jeweiligen Vorstellungen darin überein, daß die eigenständige Sicherung der Frau schrittweise verwirklicht werden kann. Die von der Bundesregierung im Rahmen der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz vorgesehene Neufassung der Zumutbarkeitsregelung wurde übereinstimmend kritisiert. Mit der darin vorgesehenen Herabqualifizierung der Arbeitslosen werde eine Tendenz verfolgt, die mit einer Arbeitslosenversicherung nur noch schwer zu vereinbaren ist.

Parteienverbot überprüfen

Der rechtspolitische Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Hugo Klein, hat sich dafür ausgesprochen, die seiner Ansicht nach zurückhaltende

(Fortsetzung von Seite 1)

ständigen Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti wurde vereinbart, diese Verbindung noch stärker auszubauen.

Die Weltunion der Christlichen Demokraten begrüßte die erste europäische Direktwahl im kommenden Jahr und sagte den europäischen Parteien ihre Unterstützung zu. Es sei von großer Bedeutung für die Zukunft Europas und für die christlich-demokratische Politik in der Welt, daß die Christlichen Demokraten die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament bilden könnten.

Die christlich-demokratischen Führer der Weltunion würdigten in Cadenabbia besonders positiv das von der CDU in Ludwigshafen beschlossene Grundsatzprogramm. Dieses Programm sei ein hervorragendes Beispiel für die Fundierung der Politik mit christlichen Grundwerten. Dieses Echo unterstreicht die internationale Resonanz, die das Grundsatzprogramm insgesamt gefunden hat. Es wird in mehrere Sprachen übersetzt und den befreundeten Parteien in Kürze für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt.

(Siehe auch Pressestimmen auf Seite 12/13 dieser Ausgabe).

und nur scheinbar liberale Verbotspraxis gegenüber Parteien zu überprüfen, die verfassungswidrige Ziele verfolgen. Die Unterstützung von solchen Parteien und Organisationen bringe dem Bürger Nachteile ein, zum Beispiel, wenn er in den öffentlichen Dienst will. Daraus erwachsene Unsicherheiten ließen sich dadurch ausräumen, meinte Klein, daß „Parteien und Vereinigungen, die sich kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wenden, verboten werden“.

Bessere Abgeordneten-Information

Die CDU/CSU will darauf drängen, im nächsten Jahr die Beratungen über eine neue Arbeitsgruppe „Technologiefolgeabschätzung“ beim Deutschen Bundestag abzuschließen. Wie der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Energie und Umwelt“ der CDU, Heinz Riesenhuber, in Bonn erklärte, soll sich diese Arbeitsgruppe aus nur wenigen hauptamtlichen Management-Spezialisten zusammensetzen, die die Abgeordneten bei der Feststellung und Bewertung forschungspolitischer und technologischer Entwicklungen unterstützen. Dafür soll ein Fonds eingerichtet werden, dessen Mittel zur Finanzierung von Gutachten dienen. Eine entsprechende Initiative der Unionsfraktion hatte die Zustimmung aller Mitglieder des Ausschusses für Forschung und Technologie erhalten.

Bonn soll den Vatikan warnen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, dem Vatikan „in gebotener Weise“ die politischen und moralischen Positionen

Bonns und der deutschen Katholiken zur Frage der Bistumsgrenzen darzulegen. Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Abelein, sagte in Bonn, dabei solle auf die rechtliche Verbindlichkeit des Reichskonkordats für das gesamte deutsche Gebiet sowie auf den Verfassungsauftrag der Wiederherstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands hingewiesen werden. Anlaß für Abeleins Forderung ist der jüngste Besuch von DDR-Außenminister Fischer beim Vatikan, an den Spekulationen über Schritte des Heiligen Stuhls zur Neuziehung der Bistumsgrenzen geknüpft wurden. Schon Ende 1977 waren Befürchtungen der deutschen Bischöfe bekannt geworden, eine Abtrennung der in der DDR gelegenen Kirchenbezirke Erfurt, Magdeburg, Schwerin und Meiningen von ihren Mutterbistümern in der Bundesrepublik stünde kurz bevor.

Stuttgart fördert Familien mit 386 Millionen Mark

„Aktion Familie“, ein Programm aus Stuttgart, das Anfang des Jahres anlief, wird 1979 in ein Familienförderungsprogramm eingebunden, für das 386 Millionen Mark ausgegeben werden. Das baden-württembergische Familiendarlehen, das zur Zeit von Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren in Anspruch genommen werden kann, gilt von 1979 an als „Geburtsdarlehen“ schon vom ersten Kind an, hat sieben Jahre Laufzeit und einen Zinssatz von zwei Prozent. Im Herbst soll zudem eine „Stiftung Familie in Not“ gegründet werden. Ab 1979 erhalten alle kinderreichen Familien einen „Landesfamilienpaß“, der zum kostenlosen Besuch von jährlich zehn Freizeiteinrichtungen des Landes berechtigt.

KRANKENHAUS

Auch kleinere Häuser sollen überleben können

Bereits drei Jahre nach Inkrafttreten des Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes von 1972 stellte die Bundesregierung in ihrem Bericht über die Auswirkungen dieses Gesetzes fest, daß sich „an manchen Stellen eine Entwicklung zu einer gesamtwirtschaftlich nicht mehr zu vertretenden maximalen Krankenhausversorgung“ abzeichnete, daß es „Anzeichen für ein mancherorts bereits bestehendes Mißverhältnis von Kosten und Nutzen“ gäbe und unter anderem die Frage gestellt werden müsse, „ob der humane Auftrag des Krankenhauses hier noch gesehen wird“.

Diese geradezu vernichtende Selbstkritik mußte notwendigerweise zur Novellierung des Gesetzes führen. Bei dem nun vorliegenden Entwurf handelt es sich unbestritten um eine Materie, in der die wesentliche Kompetenz bei den Ländern liegt.

In der ersten Lesung zur Änderung des Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes erklärte CDU-MdB Hanna Neumeister: Will man das Ziel sowohl einer leistungsfähigen und dem letzten Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Gesundheitsversorgung auch im Krankenhaus gewährleisten und gleichzeitig den hohen Anspruch zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten langfristig erfüllen, so scheint zu-

nächst eine effektive Bedarfsplanung und ihre Abstimmung mit dem Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung besonders wichtig. Außer dem Sachverständigen der Krankenhaussträger und der Krankenkassen sollte die Erfahrung aller im Krankenhaus Beteiligten zur Entscheidungskompetenz der Länder mit herangezogen werden.

Außerdem sollte überlegt werden, ob in den Bedarfsplänen nicht eine Planungskoordination der Krankenhausbetten in zivilen Krankenhäusern und z. B. Bundeswehrkrankenhäusern unter dem Gesichtspunkt der ärztlichen und pflegerischen Versorgung im Katastrophenfall erfolgen könnte.

Begrüßenswert ist die Bitte des Bundesrates zu einer baldigen Novellierung der Bundespflegesatzverordnung. Vorstellungen der Bundesregierung hierzu verbergen sich noch hinter dem Nebel offensichtlicher Meinungsverschiedenheiten im Sozialministerium.

Überflüssig ist die im Regierungsentwurf vorgeschlagene Änderung des § 405 a RVO. Durch diese Erweiterung besteht die Gefahr, daß das unbestrittene Selbstkostendeckungsprinzip im Krankenhaus ebenso wie die Tarifautonomie der Sozialpartner deutlich beeinträchtigt werden.

Ganz besonders notwendig ist schließlich auch eine klarstellende Änderung des § 371 RVO. Hier sollte unbedingt die gegenwärtige Novellierung des Krankenhaus-Finanzierungsgesetzes genutzt werden, um klarzustellen, daß auch kleinere — oft konfessionelle oder private — Krankenhäuser reale Überlebenschancen haben müssen, wenn sie leistungsfähig sind und die Anforderungen an ein „menschliches“ Krankenhaus erfüllen.

■ BUNDESWEHR

Union legt eigene Vorschläge zur Reform der Heeresstruktur vor

Der Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik der CDU hat auf einer Pressekonferenz in Bonn seine eigenen Vorstellungen und Vorschläge zur Neustrukturierung des deutschen Heeres vorgelegt. Damit ist er der konstruktiven Linie, mit der er zur Neuordnung der Heeresstruktur beigetragen hat, weiter gefolgt, stellte der Vorsitzende des Ausschusses, MdB Manfred Wörner, fest.

Als die Bundesregierung das Heeresmodell — faktisch ohne Erprobung — durchsetzen wollte, war es die CDU/CSU, die eine mindestens einjährige Erprobung in Großverbänden erzwang. Die Entscheidung des neuen Verteidigungsministers, das Heeresmodell 4 nicht zu verwirklichen, bestätigt die Bedenken der Union in vollem Umfang. Der Truppe wäre viel Ärger, Unruhe und Belastung erspart geblieben, wäre man der CDU/CSU gefolgt.

Um erneute unausgereifte Entscheidungen zu verhindern und eine gründliche und umfassende Erörterung zu ermöglichen, unterbreitet die Union ihren Vorschlag als Beitrag zur notwendigen parlamentarischen Diskussion. Aufgabe der Opposition kann es nicht sein, ein bis ins kleinste Detail ausgefülltes Konzept vorzulegen. Wir beschränken uns daher auf Schwerpunkte und Grundlinien.

Der Zwang zur Neuordnung der Heeresstruktur

Die Gründe für eine Neuordnung der Heeresstruktur sind zwingend:

- ① Die gewachsene Bedrohung macht es notwendig, die konventionelle Kampfkraft der Bundeswehr zu stärken, wie das auch die Bundesregierung gegenüber der NATO zugesagt hat.
- ② Das Bündnis braucht dringend mehr operative Reserven.
- ③ Der Mangel an infanteristischen Verbänden in der Bundeswehr muß behoben werden.
- ④ Das Reservistenpotential muß besser genutzt werden.
- ⑤ Der Bereitschaftsgrad der Streitkräfte muß erhöht und die Mobilisierung beschleunigt werden.
- ⑥ Den Veränderungen der Waffentechnik, der Taktik, der Personallage und der Ausbildung muß Rechnung getragen werden.
- ⑦ Ein schlüssiges Konzept der Gesamtverteidigung erfordert neben den Anstrengungen zur Verbesserung des zivilen Bevölkerungsschutzes eine Kräftigung der Territorialverteidigung und eine spürbar verbesserte zivil-militärische Zusammenarbeit.

Vorgaben für unsere Vorschläge

Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur NATO und der Bünd-

nischarakter der Bundeswehr erfordern eine integrationskonforme Lösung, die auch in Friedenszeiten praktikabel sein muß.

Das Prinzip der „Vorneverteidigung“ bleibt für uns verbindlich. Es läßt keine Ausdünnung der Verbände des Feldheeres zu, sondern fordert eine verstärkte Präsenz der vorne stationierten Verbände.

Wir gehen von der gültigen NATO-Strategie der „flexible response“ aus.

Die Knappheit der Mittel zwingt weiterhin zur abgestuften Präsenz.

Die Bundeswehr bleibt eine Wehrpflichtarmee.

Unsere Vorschläge

- 1 Auf Brigade- und Bataillons-ebene wird jeweils die Vierergliederung eingeführt.
- 2 Die Kampfbrigaden des Feldheeres (Panzer- und Panzergrenadierbrigaden) erhalten je ein zusätzliches — vierstiges — Bataillon. Dabei handelt es sich im Regelfall um ein motorisiertes, panzerabwehrstarkes Infanteriebataillon.
- 3 Die Kampfbataillone bestehen künftig aus vier Kompanien. Die gesamte Ausbildung des Soldaten erfolgt in der gleichen Kompanie (Wiederherstellung des Durchlaufprinzips). Spezielle Ausbildungseinheiten entfallen.
- 4 Die Kampfkompanien (Panzer- und Panzergrenadierkompanien) werden verkleinert und mit 14, notfalls mit 13 Kampfpanzern bzw. Schützenpanzern ausgestattet. Die Verkleinerung ist angesichts der gestiegenen Wirksamkeit der Waffensysteme und der Zersiedlung des Geländes gerechtfertigt.
- 5 Die Heimatschutzkommandos sind zur Verwendung als Reservebrigaden

wie die Brigaden des Feldheeres zu organisieren und auszurüsten. Die erforderliche Ausrüstung ist den Beständen zu entnehmen, die durch Zulauf der neuen Waffen — bzw. Gerätegeneration — in das Feldheer frei werden. Auch die Heimatschutzkommandos betreiben im Frieden Ausbildung. Große Teile der Heimatschutzkommandos sind im Frieden zu kadern.

6 Wo erforderlich und praktikabel, können Heimatschutzkommandos/Reservebrigaden zu einer Reservedivision zusammengefaßt werden. Der Divisionsstab kann aus solchen Truppenteilen, Stäben und Schulen gebildet werden, die keinen Einsatzauftrag haben. Divisionstruppen, soweit sie zur Gefechtsführung unbedingt erforderlich sind (wie z. B. Artillerie, Pioniere, Fernmeldetruppen), können aus Schulpersonal und Reservisten gewonnen werden.

7 Stärkung der territorialen Verteidigung durch:

Aufstellung von Sicherungskompanien und Bataillonen bei den Verteidigungskreiskommandos und den Verteidigungsbezirkskommandos auf Reserve- und Milizbasis. Aufwuchs dieser territorialen Verbände im Rahmen der Mobilmachung.

Diese Heimatschutztruppen sollten in wichtigen und gefährdeten Räumen durch ortsgebundene Sicherungseinheiten ergänzt werden, die den Auftrag zur Überwachung, Sicherung und Verteidigung gegen subversive Kleinkampfgruppen erhalten. Dafür sind vornehmlich die freiwilligen Reservisten heranzuziehen. Das Reservistenkonzept ist entsprechend zu ändern. Nur so kann dem akuten Mißstand abgeholfen werden.

den, wonach die für den Raum- und Objektschutz vorhandenen Kräfte bei weitem nicht ausreichen, um die empfindlichen Punkte auch im zivilen Bereich (z. B. Bahnhof, Rundfunksender, Elektrizitätswerke, Staumauern) militärisch abzusichern.

8 Die Verfügbereitschaft ist zweckentsprechender zu gestalten, gegebenenfalls zu verlängern und regelmäßig zu üben. Die volle Nutzung der Verfügbereitschaft ist geeignet, die Mobilmachung im Zeitablauf und in der Effizienz zu verbessern. Dabei ist zum ursprünglichen Verfahren zurückzukehren: Anschlußbeordnung der ausscheidenden Soldaten durch den entlassenen Truppenteil auf einen der Eignung entsprechenden Dienstposten (vertraute Tätigkeit in vertrauter Umgebung).

Bemerkungen zur Verwirklichung

Das Konzept kann nur schrittweise und evolutionär verwirklicht werden. Das kann und wird Jahre dauern (in Anlehnung an das langfristige NATO-Programm und an die Beschaffungsprogramme). Dazu zwingt auch die Knappheit der Mittel.

Die vorgeschlagenen Strukturänderungen bauen auf der gegenwärtigen Struktur des Feld- und Territorialheeres auf. Sie reißen keine Verbände auseinander und respektieren die gewachsenen Strukturen, so daß Geist und Zusammengehörigkeitsgefühl in den Truppenteilen unangetastet bleiben. Sie erfordern keine dramatischen Eingriffe und halten die Folgen für die betroffenen Soldaten (z. B. Versetzungen) in engen Grenzen.

Jeder Schematismus ist zu vermeiden. Das Konzept muß flexibel angelegt und

durchgeführt werden. Gliederung und Ausrüstung der Verbände können je nach Aufgabe und Einsatzraum modifiziert werden. So verkraften zum Beispiel Divisionen, die als operative Reserven vorgesehen sind, einen höheren Mobilmachungsanteil als vorne dislozierte Verbände.

Das Konzept fordert zusätzliche Mittel für Investitionen und Betrieb. Sie sind über mehrere Jahre verteilt aufzubringen. Das ist möglich, wenn es gelingt, den Verteidigungsetat mindestens real um drei Prozent jährlich anzuheben. Je nach Verfügbarkeit der Mittel ist es ohne Schwierigkeit möglich, einzelne Komponenten des Konzepts vorzuziehen (Vierergliederung) und andere (z. B. Milizkomponenten) später zu verwirklichen.

Der Schüleretat und die Zahl der Wehrübungstage im Verteidigungsetat müssen aufgestockt werden. Das Ausmaß richtet sich nach der zeitlichen und inhaltlichen Verwirklichung des Konzepts, hält sich jedoch in jedem Fall in bescheidenen Grenzen.

Fazit

Mit dem Konzept der CDU/CSU werden:

— die Stärke der Bundeswehr im Einzelfall erhöht und ihre Kampfkraft verbessert — zusätzliche operative Reserven geschaffen — die Infanterieschwäche der Bundeswehr wesentlich gemindert — das Reservistenpotential besser ausgenutzt — eine bedarfsgerechtere Ausbildung der Reservisten erzielt — ein Beitrag zur Wehrgerechtigkeit geleistet — der Verwendungsstau in der Truppe abgebaut — die Gesamtverteidigung entscheidend gekräftigt.

■ AKTUELLE THEMEN

Verjährungsfrist bei Mord umstritten

Zu der jetzt wieder in Gang gekommenen Diskussion über die Frage der Verjährung von NS-Verbrechen und der Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord stellte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, MdB Friedrich Vogel, u. a. fest:

Es darf bei der Diskussion nicht übersehen werden, daß sich der Gesetzgeber schon zweimal, zuletzt 1969, mit der Problematik befaßt und rechtspolitische Entscheidungen getroffen hat. Von besonderer Wichtigkeit war die Entscheidung im Jahre 1969, bei Mord die Strafverfolgungsverjährung nicht wie bei Völkermord abzuschaffen, sondern es unter Verlängerung der Verjährungsfrist auf 30 Jahre dabei zu belassen, daß auch bei Mord Verjährung eintritt und damit die Mordtat unverfolgbar wird.

An der Problematik selbst hat sich seither nichts geändert. Deshalb ist es fragwürdig, heute aus Gründen der Opportunität die Entscheidung von 1969 umzustoßen und die Verjährung von Mord nunmehr abzuschaffen.

1969 galt wie heute, daß Mord Mord bleibt, daß ein einmal begangener Mord seinen Unrechtscharakter nicht verliert, wenn er aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht verfolgt wird oder

nicht verfolgt werden kann. Verjährung macht eine Mordtat nicht ungeschehen. Gleichwohl hat der Gesetzgeber 1969 entschieden, das Bedürfnis nach Strafe nach 30 Jahren hinter anderen Erwägungen zurücktreten zu lassen. Rechtspolitisch wäre es bedenklich, heute nach relativ kurzer Zeit genau umgekehrt zu entscheiden.

ARD verzichtet auf „Nachfragen“

Die Entscheidung der in der ARD zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten, künftig auf sogenannte Nachfragen bei Wahlen zu verzichten, kann man nur begrüßen.

Das aufwendige Erhebungsinstrument der Nachfrage bringt gegenüber den ersten harten Hochrechnungen einen Zeitvorsprung von kaum mehr als einer Stunde. Vielfältig sind dagegen die Möglichkeiten des Mißbrauchs tatsächlicher oder angeblicher Umfrageergebnisse.

Niemand kann dafür garantieren, daß Zahlen und Prozente nicht vor Schließung der Wahllokale bekannt oder Sperrfristen durchbrochen werden. Selbst wenn man die Einflüsse vorzeitiger Veröffentlichungen nicht zu hoch anschlägt, so können sie bei der Jagd nach entscheidenden Zehntelprozenten doch ausschlaggebend sein.

Daneben ist auch die indirekte Wirkung von Nachfragen auf Wähler nicht zu unterschätzen. Manche könnten zu der Auffassung gelangen, das Wahlgeheimnis sei nicht mehr voll gewahrt, wenn sie unmittelbar nach Stimmabgabe angeben sollen, wen oder was sie gewählt haben.

■ KOALITION

Aus Protest SPD verlassen

Der zweite Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Horst Gulder (54), ist aus Protest gegen die Äußerungen des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose zum Extremistenbeschuß aus der SPD ausgetreten. Gulder begründete seinen Schritt damit, daß er nicht möchte, daß seine Kinder von Kommunisten indoktriniert würden, gegen die er gekämpft und unter deren Regime er zwölf Jahre in DDR-Gefängnissen zugebracht habe. Gulder war seit 1946 Mitglied der SPD.

Willy Brandt muß sich entscheiden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat anlässlich der in Vancouver stattfindenden Konferenz der Sozialistischen Internationale Willy Brandt aufgefordert, für den Fall seiner Wiederwahl als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale als erstes für eine Aufhebung der „Nord-Süd-Resolution“ der Sozialistischen Internationale vom November 1976 einzutreten oder sich persönlich von dieser Resolution zu distanzieren. In dieser Resolution hatte die Sozialistische Internationale die marktwirtschaftliche Ordnung der Weltwirtschaft für die Probleme der Dritten Welt verantwortlich gemacht und sozialistische Lösungen zur Beseitigung der Nord-Süd-Probleme gefordert. „Willy Brandt muß sich entscheiden“, erklärt hierzu der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Todenhöfer. Brandt könne nicht als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale

für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung Partei ergreifen und gleichzeitig den Anspruch erheben, „unabhängiger“ Vorsitzender einer „unabhängigen“ internationalen Nord-Süd-Kommission zu sein.

DKP-Aktivistin als Lehrerin bei uns?

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) wurde vom innen- und rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Benno Erhard, aufgefordert, für die Entlassung der hessischen Lehrerin Silvia Gingold aus dem Schuldienst einzutreten. Erhard schrieb einen Brief an Börner, in dem es heißt, Silvia Gingold sei auf dem jüngsten DKP-Parteitag in Mannheim demonstrativ in den Parteivorstand gewählt worden. Frau Gingold, die in Spangenberg Lehrerin im Angestelltenverhältnis sei, unterstütze nicht nur die DKP, sondern verfolge deren Ziele auch aktiv, schrieb Erhard. „Sie preist mit ihren Parteigenossen das politische System der DDR, das System von Mauer und Schießbefehl, sie stellt dieses System als erstrebenswertes Vorbild auch für die Bundesrepublik Deutschland dar.“

Literarische Volksfront

Die schleswig-holsteinische SPD ist bei der Suche nach Verbündeten wenig wählervisch, wenn es gilt, die Regierung Stoltenberg zu attackieren. Der „Medienexperte“ der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, Börnsen, kündigte jetzt an, daß eine Gruppe von Autoren, der neben liberalen Schriftstellern so bekannte Namen wie Bernt Engelmann, Ingeborg Drewitz oder Klaus Staech angehörten, im bevorstehenden Landtagswahlkampf die Landes-SPD

bei ihrem Kampf „zur Verteidigung der Rundfunkfreiheit“ unterstützen wollten. Die schleswig-holsteinische SPD nimmt dabei in Kauf, sich mit Autoren zusammen zu tun, denen das Oberlandesgericht Stuttgart erst im vergangenen Jahr bescheinigte, dem „Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI)“ und damit einer „kommunistischen Tarnorganisation“ anzugehören. Engelmann machte beispielsweise von sich reden, indem er im österreichischen Rundfunk die Kommunistin Rosa Luxemburg zu seiner „Heldin der letzten 60 Jahre“ erklärte, und Ingeborg Drewitz hat es nach den Feststellungen des Gerichtes für notwendig erachtet, daß die SED in das Berliner Abgeordnetenhaus einzieht, und in einem Aufruf gefordert, sich mit der DKP zu solidarisieren.

FDP verlassen

Aus Protest gegen die Koalitionsaussage der schleswig-holsteinischen FDP zugunsten der links-extremen Landes-SPD hat der frühere Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes Flensburg, Detlef Richelsen, sein Parteibuch zurückgegeben. Richelsen, der zuletzt dem FDP-Kreisvorstand Schleswig/Flensburg und bis 1978 der FDP-Kreistagsfraktion angehörte, verweist in seiner Austrittserklärung darauf, daß er die Forderungen der Landes-FDP, die auf eine Aufhebung des Extremistenbeschlusses hinauslaufen, nicht mittragen könne.

SPD hat 30 Millionen Schulden

Obwohl die SPD wegen ihrer materiellen Werte noch keine Angst vor dem Konkursrichter zu haben braucht, ist der Schuldenberg der Partei auf mehr als 30 Millionen Mark angewachsen. Mit

Hilfe eines „Notstands-Paragraphen“ in der Parteisatzung will der SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg daher, ohne den nächsten ordentlichen Parteitag abzuwarten, die Mitgliedsbeiträge schon ab Januar um eine Mark erhöhen.

SPD/FDP-Koalition kuschelt vor dem DDR-Regime

Die Machthaber in der DDR haben den 22jährigen Nico Hübner zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, weil er sich weigert, als Bewohner des nach dem Viermächtestatus entmilitarisierten Ost-Berlin Soldat in Honeckers „Nationaler Volksarmee“ zu werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte den Deutschen Bundestag in einem Resolutionsentwurf auf, gegen diese Menschenrechtsverletzung öffentlich zu protestieren und die Weltöffentlichkeit auf Nico Hübner aufmerksam zu machen. Als der Auswärtige Ausschuß des Bundestages über diese Resolution beriet, lehnte die SPD/FDP-Koalition jedes öffentliche Eintreten für Nico Hübner ab. Sie hat dabei zugeben müssen, daß ihr — trotz der Ostverträge und des innerdeutschen Grundvertrages — keine Handhabung zur Verfügung stehe, um die rechtswidrigen, willkürlichen und grausamen Eingriffe gegen den jungen Hübner zu stoppen. Die augenblickliche Regierungskoalition ist zwar — mit Recht — jederzeit bereit, einen Aufruf gegen Fehlurteile in Chile, Brasilien oder Südafrika zu kritisieren. Aber sie bringt nicht mehr die moralische Kraft auf, verbrecherische Urteile der DDR-Machthaber auch öffentlich so zu nennen.

Zur Zeit läuft eine Unterschriftenaktion der Jungen Union für Nico Hübner in Niedersachsen.

■ ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ

Die SPD treibt ein doppeltes Spiel

Bundesarbeitsminister Ehrenberg hat am 19. Juli 1978 eine „Offensive gegen die Arbeitslosigkeit“ angekündigt. Nach dem jetzt vorliegenden Runderlaß 230/78 scheint der Kern dieser Offensive darin zu bestehen, daß der Zwang für Arbeitslose, Tätigkeiten mit erheblichen finanziellen Einbußen und beruflichem Abstieg anzunehmen, verschärft wird.

Damit wird das Arbeitsförderungsgesetz (AFG), das unter Hans Katzer 1969 als wichtiges Instrument der sozialen und beruflichen Sicherung der Arbeitnehmer und als Instrument einer aktiven und vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik konzipiert worden war, erneut zu Lasten der Arbeitnehmer ausgehöhlt, erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid). Die Arbeitsverwaltung ist nach § 103 AFG verpflichtet, neben den Interessen der Gesamtheit der Beitragszahler die sozialen und beruflichen Belange des Arbeitslosen zu berücksichtigen. Diese gesetzliche Verpflichtung wird durch den Runderlaß 230/78 einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer verändert, denn die Vermittlungswünsche und Vorstellungen des einzelnen werden nunmehr strikt den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes untergeordnet.

Durch diese Interpretation werden die Folgen einer verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik der Bundesre-

gierung ebenso einseitig auf dem Rücken der Arbeitslosen abgeladen.

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert einen Ausbau und noch bessere Qualifizierung der Vermittlungsabteilungen in den Arbeitsämtern, damit die Arbeitsverwaltung ihrer Verpflichtung zur qualifizierten Vermittlung besser als bisher nachkommen kann. Bei 229 Arbeitssuchenden pro Vermittler im Monat durchschnitt haben die Vermittler für den einzelnen Arbeitssuchenden kaum Zeit, und es darf nicht sein, daß diese Mängel sich durch starre Zeitgrenzen (6 Monate) schematisch zu Lasten der Arbeitslosen auswirken.

Die Arbeitnehmergruppe lehnt auch die Regelung ab, nach einer Arbeitslosigkeit von höchstens einem Jahr eine Beschäftigung anzunehmen, die einen Umzug erforderlich macht. Diese Regelung ist familienfeindlich, weil die hierbei zugestandenen Ablehnungsgründe den berechtigten Interessen, insbesondere der Familienangehörigen (schulpflichtige Kinder, Kinder in Ausbildung, Erwerbstätigkeit des Ehegatten), nicht ausreichend Rechnung tragen.

Die SPD tut jetzt so, als ob dies alles ohne ihr Wissen eingeführt wurde und gibt sich ahnungslos. Dies ist ein doppeltes Spiel! Die einen führen die Maßnahmen unter der Hand ein, und die anderen geben sich der Arbeitnehmerschaft als völlig unschuldig und empört. Ist das Politik für Arbeitnehmer?

■ PRESSESTIMMEN ZU LUDWIGSHAFEN

Das Programm steht

Die CDU hat ein gutes Grundsatzprogramm vorgelegt.

Kölnische Rundschau, 26. Oktober 1978

Ein Programm der liberalen Mitte auf christlicher Grundlage.

Fuldaer Zeitung, 26. Oktober 1978

Das „C“ im Namen der Partei wird wieder großgeschrieben.

Augsburger Allgemeine, 25. Oktober 1978

Die Rückbesinnung auf die fast zweitausend Jahre alten christlichen Antworten auf Grundfragen geht einher mit dem Versuch, auf dieser Basis Antworten auf die Frage nach der Zukunft zu finden.

Wiesbadener Kurier, 26. Oktober 1978

Nach achtzehn Stunden engagierter, zum Teil kontroverser, aber stets sachlicher und fairer Diskussion hat es die CDU geschafft: Sie verabschiedet ihr erstes Grundsatzprogramm; eine Richtschnur für ihr weiteres politisches Handeln.

Hamburger Abendblatt, 26. Oktober 1978

Seine programmatische Aufgabe hat das Plenum auf hohem Niveau mit mehr Eifer, mit mehr Bereitschaft zum Ringen um das Detail erfüllt, als es erwartet worden war.

Neue Osnabrücker Zeitung, 26. Oktober 1978

Das „Ludwigshafener Programm“ steht.

Stuttgarter Nachrichten, 26. Oktober 1978

Dieses Programm ist ein Paradebeispiel innerparteilicher Demokratie.

Kölnische Rundschau, 27. Oktober 1978

Das Programm stellt in einzigartiger Weise den Menschen in den Mittelpunkt. Darin hat es keine Konkurrenz bei anderen Parteien. Es verzichtet auf das Verkünden letzter Wahrheiten, wie etwa der Orientierungsrahmen '85 der SPD es versucht. Auch darin ist das neue CDU-Programm ohne Beispiel.

Westfalen-Blatt, 25. Oktober 1978

Bei allem Streit um Details und bessere politische Lösungen sticht sein gemeinsamer Nenner jedoch überraschend deutlich hervor: Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes und in der Verantwortung vor Gott. Ein hoher Anspruch, aber zugleich eine faszinierende Chance für eine Partei in einer Zeit der Sinn-Entleerung und der staatlich geförderten Flucht aus der personalen Verantwortlichkeit, um der Politik wieder eine menschliche und moralische Dimension zu geben.

Rhein-Neckar-Zeitung, 26. Oktober 1978

Die CDU bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm zum großen „C“ im Parteinamen. Nur wenn das Christliche im politischen Auftreten und Handeln der Union mehr ist als nur eine schöne Etikette, wird die notwendige Abgrenzung der Opposition gegen Sozialismus und Liberalismus auch bei jenen kritischen Bürgern glaubwürdig, die den letzten

Endes die Wahlen entscheiden. Insfern ist Kohls Meinung durchaus realistisch, wonach das Stimmenpotential der Christlich Demokratischen Union noch keineswegs erschöpft sei.

Allgemeine Zeitung Mainz, 25. Oktober 1978

Kein Programm einer deutschen Partei macht so handfeste und detaillierte Aussagen über die Freiheit — etwa in der Arbeitswelt und in der Freizeit, in Familie und Nachbarschaft, Gemeinde und Staat.

Kölnische Rundschau, 27. Oktober 1978

Die Christlichen Demokraten verlassen Ludwigshafen und ihren Programmparteitag mit sichtlich gesteigertem Selbstbewußtsein. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Union Wertmaßstäbe für das eigene Handeln in einem Grundsatzprogramm zusammengefaßt. Für eine Partei, die sich nach dem Krieg aus unterschiedlichen politischen Vorläufern bildete und erst nach dem Verlust der Regierungsmacht im Bund ein zeitgemäßes Parteibewußtsein entwickelte, ein entscheidender Schritt.

Hessische Allgemeine, 26. Oktober 1978

Das Ludwigshafener Programm kann die Repräsentanten der Union in die Pflicht zu mehr Gemeinsamkeit nehmen, wie dies auch vom Parteivolk gefordert wird.

Allgemeine Zeitung Mainz, 26. Oktober 1978

Dieses Kontrast-Programm zu den Leitsätzen der anderen Parteien kann sehr wohl im Wahlkampf und vor allem natürlich dann auf Erfolge rechnen, wenn die Union es versteht, es möglichst vernehmbar zu realisieren.

Saarbrücker Zeitung, 26. Oktober 1978

Union fordert Klarheit für die Gemeinden

Der Vermittlungsausschuß müsse umgehend Klarheit schaffen über den Steuerausgleich für die Gemeinden beim Steuerpaket. Dies erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Horst Waffenschmidt, zu der bevorstehenden Beratung über das Steuerpaket.

In diesen Tagen laufen in allen Kommunalparlamenten die Beratungen über die Haushaltspläne 1979 und die weitere Finanzplanung. Die Gemeinden dürfen nicht weiter in einer unerträglichen Ungewißheit über ihre künftigen Einnahmen bleiben. Weitere Unklarheit ist Gift für eine kontinuierliche kommunale Investitionspolitik, die auch Voraussetzung für viele private Investitionen ist. Die von der SPD/FDP-Mehrheit des Bundestages verabschiedete Ausgleichsformel für den Wegfall der Lohnsummensteuer ist völlig unzureichend, weil klare Zahlen über die Höhe des Ausgleichs nach wie vor fehlen. Allgemeine Absichtserklärungen können die Stadtkämmerer nicht in ihre Finanzplanung einsetzen.

Notwendig ist eine klare Ausgleichsregelung, wie sie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihren Vorschlägen vorgelegt hat: 1. Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 % auf 16 %. 2. Herabsetzung der Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an Bund und Länder zahlen müssen, um 50 %. 3. Restausgleich über die Finanzausgleichsgesetze der Länder.

■ LANDESPARTEITAG BERLIN

Die SPD hat eine gründliche Pause verdient

Die Erwartungen an den 61. Landesparteitag der Berliner CDU richteten sich auf die programmatische Rede Richard von Weizsäckers. Dem Spitzenkandidat gelang es, vor den 354 Delegierten den politischen Kurs der CDU festzuschreiben, mit dem Berlin gewinnen muß.

Die Wähler forderte Richard von Weizsäcker auf, den demokratischen Wechsel herbeizuführen, weil die SPD dem Verbrauch und Verschleiß nicht entgangen sei. Auch der jetzige Regierende Bürgermeister Stobbe verkörperte höchstpersönlich die Kontinuität der alten Berliner SPD. Wörtlich sagte von Weizsäcker: „Die SPD hat eine gründliche Pause verdient.“ Der FDP stellte der CDU-Spitzenkandidat die Frage, ob sie wirklich glaube, daß sich 30 Jahre ununterbrochener SPD-Herrschaft mit der Verpflichtung dieser Partei auf den politischen Liberalismus ver einbaren lasse.

Eine CDU-Politik für Berlin, so von Weizsäcker, dürfte nicht darauf abgestellt sein, von Extrawürsten zu leben, die andere für diese Stadt braten. Vielmehr müsse sich die Bevölkerung Berlins zuallererst auf ihre eigene Kraft konzentrieren. Berlin solle zum Inbegriff von Qualität und zum Beispiel für Solidarität werden.

Es seien die praktischen Schwierigkeiten, die das Leben der Wirtschaft in

Berlin so schwermachen: der Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen, die Wohnungsmisere und zuallererst die bürokratischen Hemmnisse. Deshalb werde die CDU in der nächsten Legislaturperiode vorrangig alle Gesetze, Verordnungen und Erlasse einer strengen Überprüfung ihrer Notwendigkeit unterziehen. Ein Zitat in diesem Zusammenhang: „Berlin lebt von Arbeitsplätzen. Deshalb dürfen Genehmigungsverfahren nicht zur organisierten Investititionsverhinderung ausarten.“

Im Interesse der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Berlins sei es notwendig, endlich einen Teufelskreis von drei Problemen zu durchbrechen. Auf der einen Seite schrumpfe die Zahl der Betriebe. Auf der anderen Seite fehlten Facharbeiter, ohne die der Schrumpfungsprozeß nicht beendet werden könne. Ein Mangel an vernünftigen Wohnungen erschwere jedoch die Anwerbung von Facharbeitern. Um diesen drei Problemen abzuhelfen, könne es nur eines geben, nämlich eine völlige Änderung der bisher praktizierten Wohnungsbaupolitik. Das bedeute ein energisches Vorantreiben von Wohnungsneubauten und Wohnungsmodernisierungen. Bei den Schulen, so Weizsäcker, müsse es der CDU um die Konzentration auf die Inhalte gehen. Praktisches Ziel der Erziehung und Bildung sei es, daß jeder in Berlin einen Beruf, einen Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen finden könne.

Zum Streit um die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst mahnte Weizsäcker die demokratischen Parteien, gemeinsam zu verhindern, daß der Wunschtraum kommunistischer Kaderextremisten in Erfüllung ginge, die junge Generation an den Schaltstellen der Erziehung in den Griff zu bekommen. Der Berliner CDU liege an folgendem: „Kein Jugendlicher darf Anlaß haben, sich in seiner freien Meinungsäußerung verunsichert oder kontrolliert zu fühlen. Jeder kann irren und darf dies auch.“

Von einem unbeschreiblichen Maß an Naivität zeuge es hingegen, wenn einige Demokraten die Staatstreueverpflichtung bei Lehrern für sekundär hielten. Weizsäcker rief den Delegierten zu: „Ich werde nicht zulassen, daß ein Neonazi oder jemand, dessen Partei Mauer und Schießbefehl für gut und richtig findet, als Lehrer oder Erzieher unserer Kinder tätig werden kann.“

Scharf kritisierte von Weizsäcker die Äußerung des Regierenden Bürgermeisters Stobbe, ein CDU-geführtes Berlin müßte die Entspannungs- und Friedenspolitik blockieren. Die SPD zeige hiermit, daß sie nicht Gemeinsamkeit der Demokraten und Frieden suche, sondern Vorteile und einen Monopolanspruch.

Die Berliner CDU wolle aus politischen Gegnern keine Feinde machen: „Wir kämpfen für die Wende. Wir kämpfen um die Mehrheit der Stimmen. Wir kämpfen mit Zuversicht für den Sieg. Gewinnen muß Berlin.“

Vor diesen programmatischen Aussagen des Spitzenkandidaten hatte der Berliner CDU-Vorsitzende, Peter Lorenz, in seiner Begrüßungsrede der SPD vorgeworfen, in 30 Jahren Regierungsverantwortung in Berlin ein Übermaß an Überheblichkeit, Arroganz und

Besserwisserei entwickelt zu haben, das nur noch durch eine Regenerationszeit auf den Bänken der Opposition beseitigt werden könne. Der FDP lastete Lorenz an, durch ihre Blockbildung mit der SPD „bei nur sieben Prozent der Wählerstimmen ein Viertel aller Senatsstühle“ zu besetzen, obwohl 93 Prozent der Wähler von der FDP nichts wissen wollten.

Ausdrücklich dankte Peter Lorenz Richard von Weizsäcker noch einmal, daß er als Bundespolitiker der Spitzensklasse nach Berlin gekommen sei. Abschließend forderte Lorenz die CDU-Mitglieder auf, die Ärmel hochzukrempeln und alle Kräfte einzusetzen, daß ein neuer, unverbrauchter Senat unter Richard von Weizsäcker die Verantwortung für diese Stadt übernehmen könne.

In drei politischen Foren referierten Dr. Karl-Heinz Narjes zum Thema „Arbeitsplätze für Berlin“, Professor Stephan Waetzoldt über den „Ausbau Berlins zu einem kulturellen Zentrum Europas“ und Professor Alexander Schwan über „Hochschulpolitik — Gefährdung oder Förderung der Attraktivität Berlins“.

Schwan, der als Sprecher der Liberalen Aktion an der Freien Universität Berlin vor dem hochschulpolitischen Forum der CDU aufgetreten war, erregte mit seiner Rede besonderes Aufsehen, weil er als prominentes SPD-Mitglied die gegenwärtige Hochschulpolitik des Wissenschaftssenators Glotz und der Regierungsparteien SPD/FDP schärfstens kritisierte. Weil der „Genosse“ es wagte, die Wahrheit über die derzeitige Situation an den Berliner Hochschulen zu sagen, hat der SPD-Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren gegen Schwan eingeleitet.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

10. 11. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel-Schilksee
10. 11. LV Schleswig-Holstein
Landesausschuß, Kiel-Schilksee
10. 11. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
10. 11. CDU — Bund
BFA „Sozialpolitik“, Bonn
10./11. 11. CDU — Bund
Sozialausschüsse, Bundestagung
Christlich-Demokratischer DAG-
Gewerkschafter, Königswinter
11./12. 11. Mittelstandsvereinigung der
CDU/CSU — Bund
Fachtagung „Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit“, Hagen
11. 11. LV Schleswig-Holstein
Bildungspolitischer Kongreß
„Berufliche Bildung“, Rellingen
11. 11. LV Schleswig-Holstein
Frauenvereinigung, Familien-
politische Fachtagung, Mölln
11. 11. LV Westfalen-Lippe
UdV, Landestagung, Dortmund
11. 11. LV Rheinland-Pfalz
Aufstellung der Kandidaten für die
Landtagswahl 1979; WK IV,
Kaiserslautern
11. 11. LV Baden-Württemberg
Agrartag, Sigmaringen

11. 11. LV Braunschweig
Landesvorstand, Braunschweig
13. 11. CDU — Bund
BFA „Innenpolitik“, Kommission
„Kommunale Mitwirkung“, Bonn
15. 11. LV Berlin
Landesvorstand mit MdB, Berlin
17. 11. LV Westfalen-Lippe
Frauenvereinigung, Landes-
delegiertentagung, Recklinghausen
17. 11. LV Hamburg
Mitgliedervollversammlung
17./18. 11. KPV der CDU/CSU — Bund
Bundestagung „Wohnen in der
Großstadt“, Wiesbaden
18. 11. LV Schleswig-Holstein
31. Landesparteitag, Lübeck-
Travemünde
18. 11. LV Rheinland
32. Landesparteitag, Köln
18. 11. LV Rheinland-Pfalz
Aufstellung der Kandidaten für die
Landtagswahl 1979; WK I
18. 11. BV Nordbaden
Bezirksvertreterversammlung
18. 11. BV Südbaden
Bezirksvertreterversammlung,
VS-Villingen
18. 11. BV Nordwürttemberg
Bezirksvertreterversammlung,
Heubach
18. 11. LV Saar
Landesparteitag, Neunkirchen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argenlanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,- DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.